

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Vom Mindestlohn muss man leben können!

Zur aktuellen Debatte in der Bundesregierung über die Einführung von Kombilohn und gesetzlichem Mindestlohn erklärt Berlins Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, **Harald Wolf**:

»Immerhin wird in der Großen Koalition der gesetzliche Mindestlohn nicht mehr völlig tabuisiert. Aber die Diskussion muss weiter gehen.«

Ein gesetzlicher Mindestlohn darf sich nicht am untersten Ende der Tarifskaala orientieren, er muss netto mindestens das Existenzminimum garantieren.

Schon heute gelten in Berlin und Brandenburg in 82 von 164 Branchen bereits Tarife, die unter einem Bruttoentgelt von 1.300 Euro monatlich für eine Vollzeitstelle liegen. Das ist netto weniger als die derzeit geltende Pfändungsfreigrenze von knapp 1.000 Euro. In ganz Deutschland arbeiten heute schon 2,7 Millionen Vollzeitarbeitnehmer für weniger als 1.400 Euro brutto. Auch hier deckt der Nettoverdienst kaum das Existenzminimum ab.

Diese Zahlen zeigen: Ein großes Problem und ein Hindernis gegen mehr Beschäftigung sind die hohen Sozialabgaben im Bereich einfacher Tätigkeiten. Für gering bezahlte Beschäftigungsverhältnisse sollten die Löhne deshalb durch Freibeträge für Sozialabgaben entlastet werden – bei gleich bleibenden Ansprüchen an die sozialen Sicherungssysteme. Im Bereich des Existenzminimums sollte das Prinzip »brutto = netto« gelten.

Würden die Sozialabgaben bei geringen Einkommen über Steuern finanziert, brächte das Spielraum für die Einführung eines Existenz sichernden Mindestlohns und es entstünde auch für Arbeitgeber ein starker Anreiz, neue reguläre Stellen zu schaffen.



Zwangsumzüge in Neukölln?



Umzüge sollen in Berlin vermieden werden, so das Ziel des rot-roten Senats Foto: Archiv

Was ist wirklich dran, an Pressemitteilungen, dass viele tausend Menschen, die ALG II bekommen zwangsweise umziehen müssen? In den Zeitungen wurde Panik verbreitet. Worauf stützen sich diese Meldungen?

Die Kosten der Unterkunft werden gemäß gültiger Ausführungsbestimmungen gezahlt. Die Ausgestaltung dieser Ausführungsbestimmungen ist Ländersache. Nun hat der rot-rote Senat in Berlin eine Regelung getroffen, die sich von denen anderer Länder unterscheidet. In Berlin wurde die Bruttowarmmiete als Maßstab angesetzt. Konkret bedeutet das, dass also eine Person in einer Wohnung wohnen darf, bei der die Warmmiete bis zu 360 Euro betragen kann, egal wie groß diese ist.

Betroffene in anderen Bundesländern beneiden uns um diese Regelung, denn dort gilt: Eine Person gleich 35 bis 50 qm. Auch wenn die Wohnung billig ist, kann sie aber zu groß sein, so dass ein Umzug unabwendbar würde.

Im Neukölln werden 76.600 Menschen, die in 41.900 Bedarfsgemeinschaften leben, durch das Job-Center betreut. Die durchschnittliche Miete aller Bedarfsgemeinschaften liegt bei ungefähr 317 Euro im Monat, also unter dem Limit für

eine Person! Bis jetzt sind etwa 170 Briefe verschickt worden, mit der Mitteilung, die Miete sei zu hoch. Nur 0,4 Prozent aller Anspruchsberechtigten wohnen zu teuer.

Was passiert jetzt, muss man dann sofort umziehen? Natürlich nicht. Es gibt auch Ausnahmeregelungen. So sind Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung von Umzügen ausgenommen. Sollte das aber nicht zutreffen, muss der Sachbearbeiter eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellen. In dieser Rechnung wird der Aufwand dem Nutzen gegenübergestellt. Es entstehenden Kosten für Umzug, Renovierung und Mietkaution. Dem gegenüber stehen die Einsparungen durch eine geringere Miete. Erst jetzt kann der Sachbearbeiter feststellen, ob sich ein Umzug überhaupt lohnt. Ist ein Umzug dennoch unvermeidbar, hat der Betroffene sechs Monate Zeit, sich selbst eine andere Wohnung zu suchen. Nicht vergessen: Die Kosten für den Umzug trägt das Amt.

Die angekündigte Horrorvision wird also nicht statt finden. Umzüge können zwar nicht ausgeschlossen werden, aber es bleiben Einzelfälle.

Sylvia Stelz
Bezirksvorstand

Bericht von der BVV am 22. Februar

Gesundheitsamt nicht arbeitsfähig?

Mit ausschließlich positiven Meldungen eröffnete Bürgermeister Heinz Buschkowsky die Sitzung. So berichtete er, dass das Neuköllner Fluthilfe-Projekt in Tangalle (Sri Lanka), welches im Rahmen der Hilfeleistung für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien 2005 ins Leben gerufen wurde, als eines der gelungensten Projekte in der Presse europaweit gelobt wurde. Die Häuser, die aus den Spendengeldern der Neuköllner gebaut werden, sollen im Mai offiziell eingeweiht werden. Sie sind für obdachlose kinderreiche Familien gedacht.

Mündliche Anfragen

Bei der Diskussion ging es um den Verkauf des stillgelegten Kraftwerks Rudow (SPD), der Vorkehrungen des Bezirksamtes gegen Vogelgrippe (FDP), der befristeten Mietenkungen für ALG II-Empfänger (Linke.PDS) und die Beflagung an Schulen (CDU).

Große Anfragen

Zum Eklat kam es bei einer Anfrage der SPD. Hierbei wurden die Äußerungen des Stadtrats für Gesundheit Michael Freiberg (CDU) in der Presse gerügt. Er behauptete, er könne auf Grund seines geringen Etats die Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen. Die Diskussion zeigte, dass seine Haushaltsmittel nicht geringer ausfallen als in den letzten Jahren. Zudem muss er keine Anstrengungen unternehmen, Personal

einzusparen. Da die Fluktuation in seinem Bereich so hoch ist wie in keinem anderen Bereich des Bezirksamtes, gibt es unbesetzte Stellen. Warum verlassen Mitarbeiter das Gesundheitsamt? Liegt es am Klientel in Neukölln, wie Freiberg meinte, oder an seiner Mitarbeiterführung und/oder am Arbeitsklima? Im Ausschuss werden wir dieses Problem näher beleuchten. Freiberg

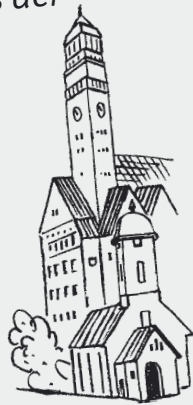
ist nur noch für Gesundheit und Umwelt zuständig. Nach einem ähnlichen Vorgang vor zwei Jahren wurde ihm die Verantwortung für die Bürgerämter entzogen. Es kann nicht sein, dass ein CDU-Stadtrat Wahlkampf auf Kosten der Bewohner Neuköllns macht.

Thematisiert wurde auch die Sprachförderung in Kitas und Schulen. Stadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) versicherte, dass allen Kindern die Förderung zukommt, sie brauchen. In unterschiedlich großen Gruppen mit vielfältigen Anforderungen wird der Förderungsbedarf auf jedes Kind genau abgestimmt. Auch Sprachkurse für Mütter werden immer häufiger angenommen.

Wie viele Akten von ehemaligen Sozialhilfeempfängern noch nicht endgültig bearbeitet sind, wurde Stadtrat Michael Büge (CDU) gefragt. Zwei Mitarbeiterinnen sind derzeit mit der Bearbeitung der Akten beschäftigt und sie werden es auch weiterhin sein. Manche Akten könne man aber nicht schließen, da die Lauf- oder Bearbeitungszeit etwa die Akten mit Unterhaltsvorschüssen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres der Kinder und Jugendlichen dauert. Auch hier werden wir weiter am Ball bleiben.

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende

Bericht
aus der



Bezirks-
verordneten-
versammlung

Anträge – Was wurde daraus?

Beschlossen

- Einrichtung Stadtinformationsnetz Bluespot (SPD)
- Pflichtuntersuchungen U1 bis U8 (Linke.PDS)
- Wahlwerbung nicht sinnlos behindern (Grüne)
- Sauberer Bürgersteig unter der S-Bahn Neukölln (SPD)
- Kranksein in der Fremde – Sprachlos im Sprechzimmer (Grüne)
- Bürgeramt Donaustraße (SPD)
- Sonderausschuss ›Kreative Innovation auf dem Kindl-Gelände‹ (CDU, SPD, Grüne, Linke.PDS)
- Stopp Ausverkauf der städtischen Wohnungen (CDU)
- ›Fahr-Rat‹ für Neukölln (Grüne, CDU)
- Stärkung der öffentlichen Gesundheitsdienstes (Grüne)

Überwiesen

- Betreuungsschwachstellen ausgleichen (CDU)
- Bessere Sprachförderung (Linke.PDS)
- Parken in der Groß-Ziethener Chaussee (SPD)
- Bildung eines Jugendparlamentes (CDU)
- Fahrradverkehr in Neukölln verbessern I, II, III (Grüne)
- Verkehr in der Blaschkoallee (Linke.PDS)
- Alle Ausbildungsstellen im Bezirksamt besetzen (FDP)

Zwischenbericht

- Keine Zentralisierung der Bibliotheken (Linke.PDS)

Schlussberichte

- Friedhof an der Thomasstraße (SPD)
- Nahversorgung in der Hufeisensiedlung (SPD)
- Wohnquartiere am Imbuschweg (CDU)
- Bebauungspläne im Internet auslegen (SPD)
- Schulung der Mitarbeiter des Ordnungsamtes (Linke.PDS)
- Jugendverkehrsschulen (Linke.PDS)

Was ist ›Eurotopia – Chance Europa‹?

Das Bezirksamt Neukölln schreibt zur Europawoche 2006 den Jugendwettbewerb ›Eurotopia – Chance Europa – Die Zukunft Europas für die Jugend‹ aus. Berlin-Neukölln ist seit 1987 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Europapreisträgerstädte, die sich jedes Jahr zu einer Generalversammlung trifft. Parallel dazu finden internationale Jugendforen statt, die sich jeweils mit einem europäischen Thema, das die Jugend betrifft, auseinandersetzen.

Die nächste Generalversammlung mit einem großen internationalen Jugendforum unter dem Motto ›Eurotopia‹ findet vom 5. bis 7. Mai 2006 in der Europapreisträgerstadt Graz statt.

Jede Europapreisträgerstadt ist aufgerufen, Jugendliche dorthin zu entsenden. Aus Neukölln fahren die 3 Hauptgewinner des Wettbewerbs ›Eurotopia – Chance Europa‹ nach Graz.

Genaue Informationen unter: www.neukoelln.de

Berlin wird skandinavisch schlau

Wie das gehen soll, war Thema in der Linkspartei Neukölln auf einer Diskussionsrunde am 23. Februar. Hierzu hatte die AG Bildung eingeladen.

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben klar gezeigt, wie selektiv das derzeitige

dreigliedrige Schulsystem in Deutschland ist. Besonders Kinder aus sozialschwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund haben kaum Chancen auf einen höheren Schulabschluss. Wie ein neues integratives Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen für alle aussehen könnte, war daher das kontrovers diskutierte Thema der Veranstaltung.

Harald Mier (Vereinigung der Oberstudiendirektoren) warnte davor, das bestehende Schulsystem abzuschaffen und von oben herab zu bestimmen, welche Schule für alle die beste sei. In Berlin könne man sich Vielfalt leisten. Verschiedene

Schulkonzepte sollten daher miteinander konkurrieren.

Sebastian Schlüsselburg (Linke.PDS) hielt dagegen, dass gerade eine Gemeinschaftsschule Kinder besser individuell fördern könne, indem die Schulen dann selbst mehr Freiraum erhielten. So könne auch Vielfalt des Lernens gestaltet werden. Sollte das derzeitige Schulsystem nebenher bestehen bleiben, würden leistungsstarke Schüler weiterhin aufs Gymnasium gehen, statt in die neue Gemeinschaftsschule. Das Konzept der Gemeinschaftsschule lebt aber davon, dass leistungsstarke Schüler schwächeren beim Lernen unterstützen.

Robert Peiser von der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) in Neukölln berichtete über die Lage der Gymnasien im Bezirk. So hätten nur noch 36 Prozent der Schüler dort auch eine Empfehlung für die gymnasiale Oberstufe erhalten. Somit wäre inzwischen das Niveau einiger Neuköllner Gymnasien bereits auf Realschulniveau herabgesunken. Eine Änderung des Schulsystems würde er daher sehr begrüßen.

Die Debatte verlief lebhaft und informativ. Die Linkspartei.PDS Neukölln wird sich auch weiterhin mit dem neuen Konzept befassen und diskutieren, wie es in Neukölln umgesetzt werden kann.

Julia Wiedemann



In Neuköllns Schulen gibt es viel Engagement – etwa beim Parlament der Bäume von Ben Wargin, das seit 1999 besteht Fotos: B. Lange

Schule von morgen für Schüler von heute

Von Carola Bluhm (MdB)

Schon die bloße Ankündigung des Besuchs von Vernor Munoz, dem Bildungsexperten der UN-Menschenrechtskommission, ließ die Wellen in der Bundesrepublik hochschlagen. Er wollte wissen, ob das Menschenrecht auf Bildung in einem hoch entwickelten Land wie unserem verwirklicht wird. Seine Botschaft zum Ende der Visite war eindeutig: Das gegliederte Schulsystem sowie die frühzeitige Trennung der Kinder und Jugendlichen auf die einzelnen Schulformen produziere »soziale Ungerechtigkeit.« Eine Erkenntnis, die so neu gar nicht ist.

Erinnern wir uns, das schlechte Abschneiden der bundesdeutschen Schulen beim Pisa-Test vor einigen Jahren führte zu einer großen Debatte über die Zustände an den Schulen des Landes, getan wurde aber meist wenig. Wenn Berlin nun von Munoz ausdrücklich für seine sechsjährige Ganztagschule und die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher ausdrücklich gelobt wird, ist dies ein Zeichen der Anerkennung auch für die Politik der Linkspartei.PDS in den letzten Jahren. Mit dem Projekt »Berlin wird skandinavisch schlau« hat sich unsere

Fraktion im Abgeordnetenhaus ein Projekt für die kommenden Jahre bis 2011/12 vorgenommen. Wir wollen Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin einschlagen und dazu gehört es, dass wir bis zum Sommer dieses Jahres mit einer wissenschaftlichen Studie klären wollen, wie ein solches Schulsystem finanziert werden kann und wie ein Umbau vom derzeitigen gegliederten Schulsystem

mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium realisiert werden kann.

In den nächsten fünf Jahren werden durch die weiter zurückgehenden Schülerzahlen etwa 1500 Lehrerstellen für weitere pädagogische Verbesserungen zur Verfügung stehen. Die Linke.PDS in Berlin will die finanziellen und personellen Potenziale nutzen, um den Umbau der Berliner Schulen anzugehen. Wir wollen die positiven Beispiele skandinavischer Länder aufgreifen und die Weichen stellen für eine bessere Schule für alle Kinder und Jugendlichen: Die Schule von morgen für die Schüler von heute.



Das Angebot der Schulen soll den vielfältigen Bedürfnissen der Schüler entsprechen

Junge Linke.PDS aktiv gegen Rechtsextremismus

Die Absichtserklärung ein gemeinsames überparteiliches Bündnis gegen Rechtsextremismus in Neukölln zu gründen, war das Ergebnis einer Veranstaltung der Jungen Linken.PDS mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr). Am 15. Februar hatten wir als Jugendgruppe der Linkspartei zu diesem Treffen eingeladen. Annemarie Benzing vom mbr konnte viele Hintergrundinformationen zur rechtsextremen Szene im Bezirk geben.

So wurde im September letzten Jahres eine Jugendgruppe der NPD (JN) gegründet, die in den letzten Wochen vor allem durch die Idee einer eigenen ›Kiezstreife‹ in der Presse auffiel. Zu den kommenden Wahlen will die NPD Neukölln ihren Schwerpunktbezirk auf den Westen Berlins legen. Aber auch Kameradschaften und ähnliche Zusammenschlüsse von Rechtsextremen und deren Sympathisanten sind in Neukölln seit 2000 verstärkt zu beobachten. Dabei wird der Aufbau dieser Strukturen vorwiegend durch bekannte Mitglieder der rechten Szene in Treptow-Köpenick gefördert.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit wird deshalb in diesem Jahr der Kampf gegen Rechtsextremismus und seiner Strukturen sein. Die Auseinandersetzung mit dem Thema auf der parteipolitischen Ebene ist, in Hinblick auf die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im kommenden Herbst, besonders wichtig. Wir müssen unbedingt verhindern, dass die NPD in die BVV einzieht. Daher wollen wir über die Parteigrenzen hinaus aktiv werden. Vorbild für das geplante Bündnis ist die ›Bunte Jugend Berlin‹, ein Zusammenschluss der Jugendorganisationen verschiedener Parteien, der bereits auf Landesebene arbeitet.

Benjamin Christopher Krüger
Junge Linke.PDS Neukölln
www.linke-neukoelln.de
Weitere Informationen:
www.mbr-berlin.de;
www.bunte-jugend.de

IMPRESSUM

›Neu-köllnisch‹ erscheint monatlich.
Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500
V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Redaktionschluss: 23. Februar 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Neuköllner Termine für Februar

Saalbau Neukölln

8. März, 19 Uhr
Frauenball zum 8. März
19. März, 17 Uhr
Konzert der Musikschule
Bereich Tasteninstrumente

Rixdorfer Schmiede

9. März, 18 Uhr
Schmieden mit Kindern

Schloss Britz

22. März
Ehrung der Funktionäre
der Sportvereine Neuköllns

Sporthalle Oderstraße

31. März, 16 Uhr
Ehrung der Neuköllner Meister im Sport

Museum Neukölln

24. März, 19 Uhr
›Afghanistan – zwischen Zerstörung und Wiederaufbau‹. Gespräche, Film usw.

Neuköllner Stadtteilführungen

19. März, 14 Uhr
Orte des Widerstandes (1933–45)
Treff: Rath austreppe
25. März, 15 Uhr
Die Hufeisensiedlung in Britz
Treff: Parchimer Allee/Fritz-Reuter-Allee

Galerie Olga Benario

16. März, 19.30 Uhr
›Kein Frieden mit Tschechien‹
Buch über die Sudetendeutschen
23. März, 19.30 Uhr
›Haus in der Karpfengasse‹
Film über das Schicksal jüdischer und tschechischer Widerstandskämpfer
30. März, 19.30 Uhr
›Das Attentat auf Reinhard Heydrich‹
Film von J.u.K. Kaplan, 1992
›Die Kinder von Lidice‹
Film von M. Kosmann, 1999

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

10. und 24. März, 17 Uhr
Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

24. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionssitzung

20. und 27. März, 17 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BVV

29. März, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

Redaktion

17. und 31. März, 9 Uhr
Richardplatz 16

Junge Linke.PDS

15. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

Kultur-Event I. Quartal

19. März, 11 Uhr
vor dem Puppentheater-Museum

AG Hartz IV

4. April, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Migration

15. März, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Kultur

14. März, 19 Uhr
Schreib- und Lesewerkstatt
Kiez-Laden Kaktusblüte
Emser Str. 20
21. März, 19 Uhr
Film ›Oi Warning‹
Richardplatz 16
4. April, 19 Uhr
Richardplatz 16

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich

im März

Michael Anker
Christian Henseler
Herrat Hotzelmann

Claudio Jax
Lars Kulesch

Micaela Potter
Ingo Rohnke

Kadir Sahin
Ali Sentürk

Thomas Sieron
Barbara Stern

Georg Weise
Gunnar Zerowky

8. März Internationalen Frauentag

Wir möchten allen
Frauen recht
herzlich unsere
Glückwünsche
aussprechen.